

Vorschlag öffentlich
Vorlagen-Nr. A 26/0847

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Status	Zuständigkeit
Ausschuss für Bürgerangelegenheiten, Bevölkerungsschutz, Sicherheit und Ordnung	24.09.2026	Ö	Entscheidung

Freigabedatum: 20.08.2026	Gestellt von: CDU-Fraktion, SPD-Fraktion
----------------------------------	---

Neues Bundesgesetz zur Verhinderung missbräuchlicher

Vaterschaftsanerkennungen

Vorschlag der Fraktionen von CDU und SPD

Beschlussvorschlag

Die Fraktionen von CDU und SPD schlagen vor, die Ausschusssitzung am 24. September 2026 um den Tagesordnungspunkt

„Neues Bundesgesetz zur Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen“

zu erweitern. Hierzu bitten wir die Verwaltung um Darlegung der Auswirkungen auf die Verfahren in Mülheim.

Sachverhalt

Der Bundestag hat am 12. Juni 2026 eine Neuregelung beschlossen, wonach die Ausländerbehörde bei Vaterschaftsanerkennungen mit aufenthaltsrechtlichem Gefälle zwischen den Beteiligten künftig zwingend zustimmen muss. Die Fraktionen möchten sich einen Überblick über die Fallzahlen in Mülheim, die notwendigen verwaltungsinternen Anpassungen sowie mögliche Auswirkungen auf Bearbeitungszeiten verschaffen.

gez. Christina Küsters
Fraktionsvorsitzende

gez. Filip Fischer
Fraktionsvorsitzender

gez. Max Oesterwind
Sprecher

gez. Falk Bender
Sprecher

Anlage/n

Keine